

Patrioten oder Nationalisten?

29. September 1992

Aktuell: Achtung am 6. Dezember könnte der EWR die Schweiz mehr spalten als der ominöse Röschtigraben!

Wer gegen die supranationale EU ist, der ist nicht gegen Europa; er ist ein guter Schweizer, ein Patriot. Je näher der 6. Dezember rückt, desto aggressiver wird die Auseinandersetzung zum EWR und der EG:

Die Befürworter (diese sich als alles wissend betrachtenden Europhilen, vor allem nach hohen Posten in Brüssel süchtigen Intellektuellen, Akademiker, Philosophen und Superpolitiker) werfen den Gegner vor, eine „unverantwortliche Demagogie“ zu betreiben, ein den Tatsachen keineswegs entsprechendes „Feindbild der supranationalen EG“ zu projizieren, einem extremen und überholten Nationalismus zu huldigen. Dazu die Belehrung, „nur eine supranationale Rechtsgemeinschaft könne die Gefahren des Nationalismus bremsen und die Kleinen vor den Machtgelüsten der Grossen“ abschirmen; „Unabhängigkeit alleine vermöge dies nicht.“

Unhaltbare Vorwürfe

Bemerkungen, die jetzt nur sprachlos machen können: In einem Zeitpunkt, in welchem in allen EG-Staaten die Gefahren des supranationalen Systems für Souveränität und nationale Identität erkannt und immer heftiger bekämpft werden. Die Abstimmung in Frankreich über die Verträge von Maastricht hat doch deutlich genug gezeigt, wie sehr die Franzosen das Vertrauen in die von ihnen erfundene Supranationalität verloren haben. Auch die drei Entscheidungsträger in der EG, Bundeskanzler Kohl, Staatspräsident Mitterand und Kommissionspräsident Delors geben offen zu, dass die supranationale Technokratie in Brüssel übertrieben habe, ein echtes Demokratiedefizit bestehe und die Nationen und Regionen nicht genügend zum Wort kommen. Das werde man jetzt ändern; etwas, das bisher von den Dänen vergeblich gefordert wurde. Das zeigt doch zur Genüge, wie wenig die Kleinen zu sagen haben und wie sehr es nur die drei Grossen sind, die bei Schwierigkeiten in der EG wirksam einzugreifen vermögen, wie zum Beispiel bei der jüngsten Währungskrise. Nur sie können sich erlauben, Maastricht hin oder her, nun auf einmal eine reduzierte Währungsunion oder ähnliches ins Auge zu fassen. Das allein sollte jedem, mag er noch so europabegeistert sein, die Augen dafür öffnen, was so schön als „supranationale Rechtsgemeinschaft“ bezeichnet wird.

Warum zu so später Stunde der EG beitreten

Nachdem sich nun die Schweiz während Jahrzehnten mit recht gutem Erfolg gegen eine Mitgliedschaft in einer so gearteten Gemeinschaft gewehrt hat, soll sie nun diesem immer mehr Risse zeigenden Gebilde zu so später Stunde, vermeintlicher wirtschaftlicher Vorteile wegen, beitreten? Oder bilden sich die Entscheidungsträger ein, die Schweiz, könnte mit den anderen Kleinen, die Grossen zur Ordnung bringen? Oder man könne ihnen gar die schweizerische Unabhängigkeit zum Schutze vor den „Machtgelüsten der Grossen“ anvertrauen? Welchen Grossen? Das ist kein Sophisma, aber damit würde sich die Schweiz mit einem Beitritt zur EG gerade in die Gewalt derjenigen begeben, vor welchen uns angeblich die EG als supranationale Rechtsgemeinschaft schützen soll!

Im allgemeinen Sprachgebrauch sagt man dem „den Bock zum Gärtner machen“. Kann denn heute irgendjemand in der Schweiz allen Ernstes glauben, dass die Grossen in der EG durch Verträge, durch Worte gebunden, bzw. „eingebunden“ und in der Benützung ihrer tatsächlichen Macht eingeschränkt werden können? Bildet sich irgendjemand ein, die Kleinen könnten gemeinsam die Grossen kontrollieren, etwa diese gegeneinander ausspielen und als Zünglein an der Waage entscheiden?

Die Antwort ist jetzt dringend notwendig geworden

Solche und noch viele andere Fragen sollten allen Schweizern klar und begründet beantwortet werden, denn **am 6. Dezember entscheidet das Volk nicht nur über den EWR, sondern über die Weichenstellung für die Zukunft.** Als Patriot, der seine Heimat liebt, und nicht als Nationalist, der die anderen Völker hasst, sollte jedem echten Schweizer die Gefahr der Unabhängigkeit ausserhalb der EG lieber sein, als innerhalb der EG von den Grossen in seiner Unabhängigkeit geschützt zu werden.

© Frédéric Walthard